

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel. Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Masse's Zeilenmaß) 14  
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,71  
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung  
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großbränsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 95

Sonnabend, den 24. April 1926

78. Jahrgang

**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft  
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Pulsnitzer Bank**  
e. G. m. b. H.  
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Die Entmündigung des Handarbeiters **Ernst Emil Bruno Kranz** in Groß-  
naundorf ist aufgehoben worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 22. April 1926.

haben im  
**Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

## Das Wichtigste

Dem Reichkanzler Dr. Luther ist es gelungen, in einer Be-  
sprechung mit den Führern der Regierungsparteien eine  
Einigung über das Fürstenkompromiß zu erzielen.  
In der Nationalgalerie in Berlin wurde im Beisein des  
Reichspräsidenten, des Reichkanzlers und des Reichs-  
außenministers die schwedische Kunstausstellung eröffnet.  
Die Regierungskrise in Polen dauert an.  
Wie die Deutsche Tageszeitung aus Weimar erfährt, wird  
der Reichspräsident von Hindenburg am 10. Mai d. J.  
der thüringischen Landesregierung in Weimar einen Be-  
such abstatten. Er wird gegen Mittag in Weimar ein-  
treffen und gegen Abend die thüringische Hauptstadt wie-  
der verlassen.  
Wie nach den Morgenblättern verlautet, beabsichtigt der Sparer-  
bund noch vor dem 1. Mai beim Reichsminister des Innern  
die Einleitung des Volksbegehrens über die Aufwertung  
zu beantragen.  
Wie dem Ahtuhr-Abendblatt aus Athen gemeldet wird, sollen  
in Saloniki 4 Munitionslager in die Luft geflogen sein,  
wobei 25 Personen umgekommen seien.  
Wie die Morgenblätter aus Hanau melden, entgleiten kurz  
hinter der Station Gemünden a. M. am Freitag vor-  
mittag vier Personenwagen des beschleunigten Personen-  
zuges Frankfurt—Münster—München. Ein Personen-  
wagen stürzte um, so daß die Reisenden nur unter Schwie-  
rigkeiten aus ihren Abteilen gelangen konnten. 12 Per-  
sonen wurden teils schwer- und leicht verletzt. Die Ur-  
sache des Unfalls ist noch nicht vollständig bekannt.  
Die belgische Kammer lehnte einen Antrag, die Dienstzeit  
für militärische Waffengattungen auf 6 Monate zu ver-  
ringern, mit 102 gegen 12 Stimmen bei 4 Stim-  
menthalten ab.  
Waldbrände in der Umgegend Newyorks nehmen immer  
größere Ausmaße an. 15 000 Acre brannten in Congin-  
land ab, wo feudale Klubs und Milliardärsvillen liegen.  
Verschiedene bekannte Klubhäuser und zahlreiche Villen  
sind bedroht, Duzende von Wohnungen abgebrannt.

## Hindenburg ein Jahr Reichspräsident.

Zum 26. April.

Hoch gingen die Wogen des wilden Wahlkampfes, der in  
diesen Tagen vor einem Jahre in deutschen Landen tobte.  
Das deutsche Volk wählte seinen ersten Reichspräsidenten,  
nachdem Friedrich Ebert seine Augen geschlossen hatte. Ein  
wilder Parteikampf war es, in dem sich die Erbitterung und  
die Aufregung zeigte, die nur in Parteikämpfen hervor-  
gebracht werden kann. Und doch! So wild und heiß der  
Kampf auch war, so gab es doch befremdliche gute Deutsche,  
die sich dabei des Mannes erinnerten, der uns in den Zeiten  
schwerster Not, in dem Augenblick, als die russischen Heeres-  
massen über das deutsche Land hinwegzuströmen drohten, ge-  
holfen hat. Damals noch ein General, der kaum bekannt war  
und dessen Name noch nicht sehr viel bedeutete, griff Hinden-  
burg mit starker Hand zu. Die deutschen Truppen sammelte  
er um sich, brachte das russische Heer zum Stehen, drang sieg-  
reich vor und blieb der Sieger. Das deutsche Volk merkte auf.  
Der Name Hindenburg war mit einem Male in aller Munde.

## Das Fürstenkompromiß wieder gerettet

240 Millionen Ausfuhrüberschuß im März — Der Sparerbund zur Aufwertungsfrage —  
Andauernde Regierungskrise in Polen — Briand will mit Italien in Freundschaft leben —  
Abdelkrim zum Abzug aus Marokko bereit

### Preußen gibt nach

4 Berlin. In den Verhandlungen, die in der  
Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichkanzlers zwischen den  
Vertretern der Regierungsparteien und der preussischen Re-  
gierung über eine Einigung zu Einzelheiten des Fürsten-  
abfindungsgesetzes stattgefunden haben, ist eine Einigung  
erzielt. Es gelang den Bemühungen des Reichkanzlers, so-  
wohl die Regierungsparteien wie den preussischen Minister-  
präsidenten und Finanzminister zu einem Kompromiß zu  
veranlassen.

Nach dem neuen Kompromiß bleibt es bei den Bestim-  
mungen des Kompromißgesetzes über die Fürstenabfindung,  
wonach das Reichssondergericht sich mit einer bereits voll-  
zogenen Gesamtabfindung nur noch beschäftigen kann, wenn  
beide Parteien, das Land wie das Fürstenhaus, einen ent-  
sprechenden Antrag stellen. Dagegen wird die

### Bestimmung über die Rückwirkung

des Sondergerichts auf bereits ergangene Einzelurteile abge-  
ändert, und zwar dahin, daß das Reichssondergericht solche  
Urteile nachprüfen kann, wenn nicht eine Zweidrittelmehr-  
heit, sondern eine einfache Mehrheit des Reichssondergerichts  
es fordert. Die Rückwirkung des Reichssondergerichts auf  
solche Urteile bleibt aber bis zum 9. November 1918  
rückwärts begrenzt.

Die Verhandlungen des Rechtsausschusses werden er-  
weisen, ob die Lösung tatsächlich das Kompromiß rettet. Die  
Regierungsparteien haben nebenher Verhandlungen mit den  
Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten einge-  
leitet, um eine Einigung im Rechtsausschuß über die ein-  
zelnen Paragraphen des Abfindungsgesetzes einschließlich des  
jetzt abgeschlossenen neuen Kompromisses zu erreichen.

### Der Sparerbund zur Aufwertungsfrage.

4 Der Sparerbund hat, anlässlich der Regierungserklä-  
rung zu dem Gesetz über ein Volksentscheid, eine Entgegnung  
ausgearbeitet, aus deren Inhalt wir folgendes entnehmen:

Es sei nicht richtig, daß zwei Entwürfe vor-  
lägen, von denen der eine des Dr. Best eine Aufwertung  
von 50 Prozent und der zweite, der Entwurf des Sparer-  
bundes, eine hundertprozentige Aufwertung verlange. Der  
zweite Vorschlag gehe vielmehr von anderer Seite aus. Der  
Sparerbund sei übrigens nicht der Meinung,  
daß die Kreditwirtschaft und die Währung durch  
das Volksbegehren erschüttert würden. Er rechne  
vielmehr damit, daß die Kaufkraft der Massen dadurch  
gesteigert würde, insbesondere die Kaufkraft der Sparer  
und Gläubiger. Bedenklich erscheine es ihnen schließlich,  
die Person des Reichspräsidenten in den  
Kampfhinein zu ziehen, was durch den Regierungs-  
entwurf geschehen würde.

In den Kreisen nüchtern denkender Spargläubiger hoffe  
man, daß die Regierung zur Abwehr des Volksbegehrens

einen Ausweg finden werde, um die schlimmsten  
Bedenklichkeiten des Aufwertungsgesetzes  
zu beseitigen.

### 240 Millionen Ausfuhrüberschuß im März.

4 Berlin. Die Aktivität der deutschen Außenhandels-  
bilanz hat sich im März dieses Jahres gegenüber dem Vor-  
monat weiter gesteigert. Der Ausfuhrüberschuß beträgt in  
diesem Monat insgesamt 240 000 000 Mark, im reinen  
Warenverkehr 278 000 000 Mark, gegen 121 000 000 Mark  
im Februar und 88 000 000 Mark im Januar.

Die Einfuhr betrug im März 686,811 Millionen gegen  
721,178 Millionen im Februar und 2141,335 Millionen im  
der Zeit von Januar bis März. Die Ausfuhr betrug im  
März 926,965 Millionen gegen 787,883 Millionen im Februar  
und 2517,023 Millionen in der Zeit vom Januar bis März.  
Die reine Wareneinfuhr im März zeigt gegenüber dem Vor-  
monat eine weitere Schwächung um 16 Millionen. Die  
Fertigwareneinfuhr ist um 11 Millionen, die Lebensmit-  
teleinfuhr um sieben Millionen und die Rohstoffeinfuhr um  
eine Million zurückgegangen. Die Einfuhr an Lebe-  
nden Tieren weist eine Zunahme um drei Millionen auf.  
an der Mehrausfuhr um 140 Millionen gegenüber dem Vor-  
monat sind beteiligt Rohstoffe und halbfertige Waren mit  
23 Millionen, Fertigwaren mit 122 Millionen, während die  
Ausfuhr an Lebensmitteln eine leichte Ab-  
schwächung um 5 Millionen Mark zeigt.

### Andauernde Regierungskrise in Polen.

Strzynski's Ausichten sinken.

4 Warschau. Der polnische Ministerpräsident  
Strzynski hat das Rücktrittsgesuch des letzten der drei  
sozialdemokratischen Minister, des Vizeministers Hausner,  
angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen  
Beschuß gefaßt, gegen die Regierung in die  
schärfste Opposition überzugehen. Den Sozial-  
demokraten haben sich die radikalen Bauern, die Bauern und  
die Ukrainer angeschlossen. Jetzt bemühen sich die Sozial-  
demokraten um die Unterstützung der Juden und des Deut-  
schen Klubs.

Strzynski hat erklärt, daß er an Stelle der ausgeschie-  
denen Minister nur linksstehende Minister in die Regierung  
aufnehmen werde. Wenn sich die Linksparteien zur Mit-  
arbeit indessen nicht entschließen, dann würden die ver-  
lassenen Ressorts des Arbeitsministeriums und des Ministe-  
riums für öffentliche Arbeiten unbesetzt bleiben und Strzynski  
würde in den ersten Tagen des nächsten Monats dem Staats-  
präsidenten abermals sein Demissionsgesuch überreichen. In  
maßgebenden politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß  
sobald Sejmarschall Ratan oder Witos die Regierung  
übernehmen würden.

Abdelkrim zum Abzug aus Marokko bereit?

Paris, 23. April. Die politische Wochenschrift „Luz

